

Antrag

der Abgeordneten Sevim Dağdelen, Andrej Hunko, Dr. Sahra Wagenknecht, Ali Al-Dailami, Klaus Ernst, Christian Leye, Amira Mohamed Ali, Jessica Tatti, Alexander Ulrich, Zaklin Nastic und der Gruppe BSW

Friedensdiplomatie für politische Beilegung des Ukraine-Konflikts unterstützen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

China und Brasilien haben in einer gemeinsamen Erklärung vom 23. Mai 2024 eine internationale Friedenskonferenz gefordert, um die politische Beendigung des Ukraine-Konfliktes zu diskutieren. In einem vom chinesischen Außenminister Wang Yi und Celso Amorim, Sonderberater des brasilianischen Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva, unterzeichneten Sechs-Punkte-Plan werden „alle relevanten Parteien“ zur Deeskalation aufgerufen, namentlich eine Ausweitung des Schlachtfeldes, eine Eskalation der Kampfhandlungen und Provokationen zu verhindern. Dialog und Verhandlungen seien „die einzige praktikable Lösung für die Krise in der Ukraine“, betonen die beiden BRICS-Staaten China und Brasilien als wichtige Stimmen der Länder des Globalen Südens.

Wörtlich heißt es in der gemeinsamen Erklärung zur „politischen Beilegung der Ukraine-Krise“, in der beide Unterzeichnerstaaten ein „gemeinsames Verständnis“ über eine Lösung des Krieges betonen: „Alle Parteien sollten die Voraussetzungen für die Wiederaufnahme eines direkten Dialogs schaffen und auf eine Deeskalation der Lage bis zur Verwirklichung eines umfassenden Waffenstillstands drängen. China und Brasilien unterstützen eine internationale Friedenskonferenz, die zu einem angemessenen, sowohl von Russland als auch von der Ukraine anerkannten Zeitpunkt abgehalten wird und an der alle Parteien gleichberechtigt teilnehmen sowie eine faire Diskussion über alle Friedenspläne stattfindet.“ (www.mfa.gov.cn/eng/zxxx_662805/202405/t202405-23_11310698.html und www.gov.br/planalto/en/latest-news/2024/05/brazil-and-china-present-joint-proposal-for-peace-negotiations-with-the-participation-of-russia-and-ukraine)

Weiter betonen China und Brasilien, es seien Anstrengungen erforderlich, „um die humanitäre Hilfe für die betreffenden Regionen zu erhöhen und eine humanitäre Krise größeren Ausmaßes zu verhindern“. Angriffe auf Zivilisten oder zivile Einrichtungen müssten vermieden werden, und Zivilisten, darunter Frauen und Kinder sowie Kriegsgefangene, müssten geschützt werden. Beide Seiten unterstützen demnach den Austausch von Kriegsgefangenen zwischen den Konfliktparteien.

China und Brasilien bekräftigen, der Einsatz von Massenvernichtungswaffen, insbesondere von Atomwaffen sowie chemischen und biologischen Waffen, müsse abgelehnt werden. „Es müssen alle möglichen Anstrengungen unternommen werden, um die Verbreitung von Atomwaffen zu verhindern und eine Atomkrise zu vermeiden“, heißt es in der gemeinsamen Erklärung. Und weiter: „Angriffe auf Kernkraftwerke und andere zivile Atomanlagen müssen abgelehnt werden. Alle Parteien sollten das Völkerrecht, einschließlich der Konvention über nukleare Sicherheit, einhalten und von Menschen verursachte Atomunfälle entschlossen verhindern.“

China und Brasilien warnen vor einer „Aufteilung der Welt in isolierte politische oder wirtschaftliche Gruppen“. Beide Seiten forderten „Anstrengungen zur Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit in den Bereichen Energie, Währung, Finanzen, Handel, Nahrungsmittelsicherheit und Sicherheit kritischer Infrastrukturen, darunter Öl- und Gaspipelines, Glasfaserkabel unter dem Meer, Strom- und Energieanlagen sowie Glasfasernetze, um die Stabilität globaler Industrie- und Lieferketten zu schützen“.

Die beiden BRICS-Staaten rufen abschließend die Mitglieder der internationalen Gemeinschaft auf, ihre Initiative zur politischen Beilegung des Ukraine-Konflikts zu unterstützen und gemeinsam eine konstruktive Rolle bei der Deeskalation der Situation und der Förderung von Friedensgesprächen zu spielen.

Einem Bericht der Nachrichtenagentur Reuters vom 24. Mai 2024 zufolge, der sich auf mehrere Insider im Kreml beruft, ist Russlands Präsident Putin zu einer Waffenruhe entlang des jetzigen Frontverlaufs und einem Einfrieren des Krieges bereit (www.bild.de/politik/ausland-und-internationales/putin-will-angeblich-waffenstillstand-brisanter-reuters-bericht-665067165aa3a075b8f0764b). Demnach zeigte sich der russische Staatschef in kleiner Runde von Beratern „frustriert“ über vom Westen unterstützte Versuche, Verhandlungen zu verhindern. Zudem habe Putin die Entscheidung des ukrainischen Präsidenten Selenskyj beklagt, Gespräche auszuschließen. Fünf Insider berichteten laut Reuters übereinstimmend von Äußerungen des Präsidenten gegenüber seinen Beratern, dass er kein Interesse am Staatsgebiet von NATO-Mitgliedstaaten habe.

Der russische Außenminister Sergej Lawrow brachte in einem von der russischen Nachrichtenagentur RIA am 30. Mai 2024 veröffentlichten Interview, über das dpa berichtet hat, China als möglichen Ausrichter einer Friedenskonferenz ins Spiel. Die Einberufung eines solchen Gipfels wäre eine Fortsetzung der Bemühungen der Regierung in Peking um eine Lösung der Ukraine-Krise.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. Russlands Präsident Putin beim Wort zu nehmen und die von China und Brasilien gestartete diplomatische Initiative für eine politische Beilegung des Ukraine-Konflikts zu unterstützen, die eine Einbeziehung aller relevanten Parteien beinhaltet;
2. einen eigenen Sonderbeauftragten für eine politische Beilegung des Ukraine-Konflikts zu benennen.

Berlin, den 5. Juni 2024

Dr. Sahra Wagenknecht und Gruppe